

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 29. Oktober 2010, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

- SPD:** Acker, Backes, Becker, Biebusch, Büchner, Daser, Dinnebier, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
- CDU:** Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Mehnert, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer,
- GRÜNE:** Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo, Dr. Therre-Staal
- Marburger Linke:** Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer
- FDP:** Prof. Dr. Dingeldein, Schwebel, Sawalies
- MBL:** Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann.
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer.

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher, (SPD), Ackermann, Lohse, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff (CDU), Dr. Baumann und Schäfer, (B90/Die Grünen), Adsan und Dr. Weber, (Marburger Linke), Bürgermeister Dr. Kahle, der ehrenamtliche Stadtrat Biver und die ehrenamtliche Stadträtin Schulze-Stampe.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:07 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Die Stadtverordnete Anni Röhrkohl (CDU) hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert zusammen mit dem Oberbürgermeister im Namen gesamten Hauses und überreicht einen Blumenstrauß.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 24. September 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche der ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

Zur heutigen Tagesordnung liegt eine weitere Vorlage des Magistrats vor.

Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stadt der Budgets zum 30.09.2010, VO/1579/2010

Die Vorlage ist bereits im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher fügt diese Vorlage als Tagesordnungspunkt **15.4** in die heutige Tagesordnung ein.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

**zu 3.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 1 10/2010)
Vorlage: VO/1591/2010**

Wer ist dafür verantwortlich, dass im Haus Am Plan 3 (Kulturdenkmal, ehemals Universitätsgebäude, im Jahr 2009 von der Stadt erworben) in die durch Sprossenfenster harmonisch gegliederte Fassade drei neue, sprossenlose Fenster eingebaut wurden? Sollte die Stadt mit ihren eigenen Gebäuden nicht betont vorbildhaft umgehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Diese Lösung ist übergangsweise realisiert worden, um die Rettungswege für die Mitarbeiter des Jugendamtes sicherzustellen. Nach Rückzug des Jugendamtes in das Gebäude am Wilhelmsplatz werden die Sprossenfenster wieder eingebaut.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 3.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 2 10/2010)
Vorlage: VO/1592/2010**

**Was ist aus den Bestrebungen geworden, eine Allianz betroffener Kommunen zur Lösung der Probleme mit entlassenen Sicherungsverwahrten zu bilden?
(Bezug: Lübecker Nachrichten vom 03. August 2010).**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Kontakt zur Stadt Lübeck besteht. Die Idee, eine Allianz zu gründen, wie in dem Zeitungsartikel vom 3. August 2010 erwähnt, wurde nicht weiter verfolgt. Ein länderübergreifendes Konzept für den Umgang mit entlassenen Sicherungsverwahrten ist meines Wissens nicht geplant. Die Fragen und Probleme, die sich ergeben, müssen in so genannten Fallkonferenzen vor Ort angegangen werden.

Eine Allianz bilden die Städte im Hessischen Städtetag. Sie haben erst im September 2010 einen Beschluss gefasst, mit dem das Justizministerium aufgefordert wird, die Städte rechtzeitig zu informieren und bei ihrer Aufgabenstellung tatkräftig zu unterstützen.

Im Moment warten alle auf die Grundsatzentscheidung des BGH.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Ab 16:19 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.

**zu 3.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 3 10/2010)
Vorlage: VO/1593/2010**

Auf welchen Flächen in der Stadt sind bisher Blumenwiesen angelegt worden und welche Grünflächen sind noch dafür vorgesehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In 2010 wurden insgesamt 1.540 m² Fläche mit Blumenansaat an verschiedenen Stellen in Marburg angelegt. Das sind im folgenden:

- Verkehrsinsel Marburger Straße / Umgehungsstraße / Cappel
- Heusingerstraße / Kernstadt
- Parkanlage Pfaffenwehr / Kernstadt
- Verkehrsinsel Gisselberger Straße / Graf-v.-Stauffenberg-Straße / Ockershausen
- Wiese Gisselberger Straße / Ockershausen
- Verkehrsinsel Weintrautstraße / Kurt-Schumacher-Brücke
- Verkehrsinsel In der Badestube / Richtsberg
- Parkplatz & Flächen an der Turnhalle Waldschule Wehrda
- Mensaterrassen
- Wiese Himbornstraße / Schröck
- Grundschule Wehrshausen
- Schlosspark, Haupteingang

Das Anlegen von weiteren Flächen mit Blumen-/Kräuteransaat hängt von der Haushaltssituation 2011 ab.

**zu 3.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 4 10/2010)
Vorlage: VO/1594/2010**

Wann und an welchen Orten soll die im Rahmenplan Ockershausen vorgesehene Baumbepflanzung durchgeführt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Rahmenplan Ockershausen sieht keine konkreten Baumpflanzungen vor, diese werden auf detaillierter Planungsebene geregelt. Im Heiligen Grund wird der Obstbaumlehrpfad sukzessive ergänzt.

Unabhängig davon überprüft der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur zur Zeit Standortpotenzial für weitere Baumpflanzungen im Rahmen des 1.000 Bäume-Programms.

**zu 3.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 5 10/2010)
Vorlage: VO/1595/2010**

Inwieweit wird sich der diesjährige Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche von demjenigen des Jahres 2009 gemäß dem einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Januar 2010 unterscheiden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zunächst einmal gibt es für den Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche bessere bauliche Voraussetzungen als im vergangenen Jahr. Der Platz auf der Nordseite der Kirche wurde ebenso mit Steinplatten hergerichtet wie es auf der Südseite bereits seit einigen Jahren der Fall ist. Bei der baulichen Gestaltung mit dem Podest im Mittelbereich wurden die Erfordernisse insbesondere der Platzbedarf für den Weihnachtsmarkt in Übereinstimmung mit dem Kirchenvorstand und städtebaulichen Aspekten gebracht, so dass künftig ein attraktiver Rundkurs über den Weihnachtsmarkt möglich ist.

Die Gestaltung der Stände in diesem Bereich ist erstmals einheitlich mit attraktiven Holzhütten, d. h. dass es dort keine Buden mit Kirmescharakter mehr gibt. Für 2011 ist in Abstimmung mit dem Marktveranstalter vorgesehen, dass auch die Stände vor der Kirche und auf der Südseite durch Holzhütten ersetzt werden.

Für den Markt konnten einige zusätzliche Stände gewonnen werden. Im Kunsthandwerksbereich wird es einen Glasbläserstand geben und im kulinarischen Bereich einen Marburger Händler mit mediterranen Produkten.

Insgesamt ist die Akquisition von Angeboten mit Produkten aus dem Marburger Raum außerordentlich schwierig. In Frage kommende und angesprochene Händler reagieren oft abwehrend mit Hinweisen auf das vorhandene Ladengeschäft in Marburg („Zusätzliche Hütte auf dem Weihnachtsmarkt bringt nichts.“) und zusätzlichen Personalkosten. Im Unterschied zu kleinen Märkten in der Umgebung, bei denen man schon mal Samstag/Sonntag steht, sei es kostenmäßig nicht darstellbar, rund vier Wochen auf dem Weihnachtsmarkt präsent zu sein. Auch Buden mit nach mehreren Tagen wechselndem Laden wurden abgelehnt.

Auch regionales Kunsthandwerk ist kaum dazu zu bewegen teilzunehmen, weil es wirtschaftlich und personell für diese über vier Wochen nicht darstellbar ist.

Hinsichtlich einer Kontrolle zu fair gehandelter Ware und dem nachweislichen Ausschluss von Kinderarbeit ist festzustellen, dass solche Kontrollen mit vernünftigem Aufwand faktisch nicht möglich sind. Dabei muss man sich auf die Angaben der Standbetreiber verlassen, die dieses aber teilweise selbst nicht genau wissen.

Unter dem Strich ist festzustellen, dass gegenüber 2009 in 2010 ein deutlicher Schritt in Richtung auf einen attraktiveren Weihnachtsmarkt an der Elisabethkirche im Sinne des Stadtverordnetenbeschlusses von Anfang 2010 gemacht werden wird, weitere Verbesserungen in 2011 geschehen werden, dass aber auch einige Aspekte des Beschlusses sich praktisch nicht umfassend werden umsetzen lassen. Die AG Weihnachten mit Beteiligten aus

Marktveranstaltern, Werbekreisen, Kirchen, Stadtverwaltung, Einzelhandel u. a. wird jedoch weiter daran arbeiten.

**zu 3.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 10/2010)
Vorlage: VO/1615/2010**

Bei der Vorbereitung der Bebauung des Anwesens Erlenring 13 (sog. Studierendenwohnanlage) wurde in Aussicht gestellt, dass alle Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden sollten. Laut Luftaufnahme der "Oberhessischen Presse" fehlen diese. Warum ist dies der Fall und besteht u. U. ein Zusammenhang mit einer etwaigen Erweiterung durch ein fünftes Stockwerk?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ein „vollwertiger Ersatz“, und zwar im „größeren Umfang als bisher“ der ehemals vorhandenen Grünfläche auf dem Gelände der heutigen Studentenappartements, war nie vorgesehen.

Bestandteil der Baugenehmigung ist ein Freiflächenplan, der die Bepflanzung des Erdwalls entlang der B3a im Bereich der Kita und die Begrünung der Aufschüttung im Innenhof der Studentenappartement-Anlage vorsieht. Diese Maßnahmen sind bereits umgesetzt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 3.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 7 10/2010)
Vorlage: VO/1596/2010**

Bei der Vorbereitung der Bebauung des Anwesens Erlenring 13 (sog. Studierendenwohnanlage) wurde in Aussicht gestellt, dass alle Dächer mit Solaranlagen ausgestattet werden sollten. Laut Luftaufnahme der "Oberhessischen Presse" fehlen diese. Warum ist dies der Fall und besteht u. U. ein Zusammenhang mit einer etwaigen Erweiterung durch ein fünftes Stockwerk?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Die Bauherren beraten zurzeit mit den Teileigentümern die Montage von PV-Elementen. Eine Erweiterung um ein weiteres Geschoss ist bekanntermaßen wegen der damit verbundenen Höhenüberschreitung ausgeschlossen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel in Vertretung von
Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 3.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 8
10/2010)
Vorlage: VO/1597/2010**

Der Magistrat hat am 2.11.2007 mitgeteilt, (kl. Anfrage Nr. 15-10/2007), dass der Oberstadtbus nicht mehr die obere Gutenbergstraße (Hanno-Drechsler-Platz) befährt, damit der Bereich zur Vermeidung einer Abkürzungsnutzung durch PKW und LKW gestalterisch umgebaut werden kann. Der Oberstadtbus fährt nunmehr seit fast drei Jahren den Umweg über den Wilhelmsplatz - wann und wie ist eine bauliche Änderung (Sperrung) des Hanno-Drechsler-Platzes geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zum Schutz der Fußgänger vor durchfahrenden Fahrzeugen und den auch damit verbundenen Lärm- und Abgasbelastungen bestanden Überlegungen zur Umgestaltung des Platzes mit dem Ziel, den Platz gänzlich von Fahrverkehr freizuhalten.

Im Zuge dieser Überlegungen hat sich herauskristallisiert, dass eine Linienführung der Stadtbusse durch die Oberstadt weiterhin erforderlich und über den Hanno-Drechsler-Platz sinnvoll ist. Um eine kurze Linienführung in die Oberstadt auch weiterhin zu gewährleisten, gleichzeitig aber die unberechtigte Nutzung durch den Individualverkehr zu verhindern, wird auf dem Hanno-Drechsler-Platz demnächst ein versenkbarer Poller eingebaut. Dieser kann nur durch die Linienbusse und die Feuerwehr abgesenkt werden.

Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember wird die Linie 10 wieder über den Hanno-Drechsler-Platz fahren.

**zu 3.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 9 10/2010)
Vorlage: VO/1598/2010**

Anwohner der Straße „Hirschberg“ werden durch einige der dort betriebenen Gaststätten mehrmals wöchentlich in ihrer Nachtruhe empfindlich gestört, ebenso durch lärmende, grölende und randalierende Besucher anderer Oberstadt-Gaststätten.

Was gedenkt der Magistrat als Ordnungsbehörde zu unternehmen, um den Anwohnern/innen die gesetzliche vorgegebene Möglichkeit zur Nachtruhe zwischen 22:00 Uhr und 07:00 Uhr zu gewährleisten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit den betroffenen Gastwirten wurden Gespräche über diese Lärmbelästigungen geführt. Sie sicherten zu, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu tun, damit die Anwohner des Hirschberges nicht mehr durch ihre Gäste gestört werden. Zudem werden verstärkt Kontrollen in diesem Bereich durchgeführt und es wurden vor Ort erste Anordnungen gegenüber den Gastwirten getroffen. Sollten weitere Beschwerden eingehen, erfolgen von Seiten des FD Ordnung weitere ordnungsrechtliche Schritte gegen die Gastwirte.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Schäfer (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 3.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 10 10/2010)
Vorlage: VO/1599/2010**

**Der neue Hirsefeldsteg wird recht zögerlich fertig gestellt.
Was ist der Grund dafür?**

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Neubau Hirsefeldsteg geplanter und tatsächlicher Zeitablauf:

Im Jahr 2009 wurden zunächst die Pfeiler für den neuen Hirsefeldsteg errichtet, weil aufgrund naturschutz- und wasserrechtlicher Genehmigungsaufgaben (Risiko von Hochwasser) die effektiv mögliche Bauzeit von Mai bis Oktober für die Errichtung der gesamten Brücke mit den erforderlichen Zuwegungen zu kurz war. Die Bauarbeiten wurden deshalb in zwei Bauabschnitte eingeteilt und in diesem Jahr der größere Teil Anfang des Jahres am 27.01.2010 vergeben. Der Vertrag, der mit der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft geschlossen wurde, sah vor, dass die Bauarbeiten für den Neubau des Hirsefeldsteges einschließlich Abbruch des alten Steges spätestens Ende Oktober beendet sein sollen. Zwischentermine waren nicht vereinbart worden.

Der Baubeginn fand Ende Mai statt. Die lange Dispositionszeit zwischen Auftragsvergabe und tatsächlichem Baubeginn war der aufgrund langen Lieferzeit von FSC-zertifiziertem Holz erforderlich und um sicherzustellen, dass abgelagertes Holz für die Rahmenbauteile des Steges verwendet werden kann, da frisches feuchtes Holz zu Verwerfungen neigt. Die Zuwegungen (Rampe und Bastion) an den Brückenköpfen waren bis auf geringfügige Restarbeiten seit Anfang September 2010 nahezu fertiggestellt.

Die Hauptmontage für den Überbau des neuen Hirsefeldsteges ist nunmehr seit 18.10.2010 im Gange und soll Ende der 43. KW Woche (29.10.2010) beendet sein. Bei der Montage und den nachfolgenden Anpassungsarbeiten sind zeitweilige Sperrungen des Fußgänger- und Radverkehrs in Abstimmung mit der Straßenverkehrsbehörde notwendig.

Es war geplant den neuen Hirsefeldsteg in der 45. oder 46. KW zur Benutzung frei zu geben. Die offizielle Eröffnung soll jedoch erst nach Abbruch des alten Hirsefeldsteges stattfinden, wenn alle Arbeiten erledigt sind.

Zu Verzögerungen im Bauablauf kam es aufgrund folgender Umstände:

Der von der bauausführenden Arbeitsgemeinschaft im Mai 2010 vorgelegte

Bauzeitenplan sah zunächst eine Brückenmontage ab Anfang August 2010 vor, so dass zunächst bis Ende September mit einer Verkehrsfreigabe des neuen Hirsefeldsteges gerechnet werden konnte. Es kam jedoch zu Zeitverzögerungen von ca. 2 bis 3 Wochen, weil die Erstellung und Abstimmung der Werksplanung mehr Zeit erforderte als angenommen.

Außerdem stellte sich bei der weiteren technischen Bearbeitung und Vorbereitung der Montage heraus, dass es entgegen der ursprünglichen Absicht der Arbeitsgemeinschaft die Vormontage vor Ort durchzuführen aus Gründen der Qualitätssicherung, günstiger ist, möglichst viele Montageschritte im Werk vorzunehmen. Dadurch verschob sich der Beginn der Montage auf der Baustelle entsprechend nach hinten, so dass es dazu kam, dass von Anfang September bis Mitte Oktober kaum Bautätigkeit vor Ort stattfand. Die Brückenmontage vor Ort wird dadurch aber weniger Zeit in Anspruch nehmen als geplant.

Weiterhin ist absehbar, dass es bei der Belieferung von Einbauteilen für den Belag und das Geländer zu Terminverzögerungen kommen wird, so dass sich die Fertigstellung des Hirsefeldsteges voraussichtlich um weitere ein bis zwei Wochen verschieben kann.

Die Verzögerungen werden nicht zu Mehrkosten führen, die die Stadt zu tragen hat.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 16:37 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 3.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 11 10/2010)
Vorlage: VO/1600/2010**

Vor etlicher Zeit waren Planungen zur Verschönerung des Umfelds des Schröcker Brunnens fest in der Planung. Warum sind diese bisher nicht umgesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Planungen zur Umfeldgestaltung Schröcker Brunnen wurden im Rahmen der Dorferneuerung erarbeitet und mit allen Beteiligten abgestimmt. Vorgesehen war, gemeinsam mit der Verwaltung Schlösser und Gärten/Bad Homburg und dem Hessenforst, die Umsetzung über das Dorferneuerungsprogramm durchzuführen.

Trotz der stattgefundenen positiven Vorgespräche wurde das Projekt von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank allerdings nicht in den Förderkatalog Dorferneuerung mit aufgenommen, so dass hier keine Fördermittel aus dem Dorferneuerungsprogramm bereitgestellt werden.

In den städtischen Haushalt wurde das Projekt unter der Voraussetzung einer Förderung aufgenommen. Derzeit wird ein Antrag für das Programm „Region

Marburger Land" vorbereitet und die Antragstellung soll noch dieses Jahr erfolgen. Geplant ist nach wie vor, die Umfeldgestaltungsmaßnahme gemeinsam mit Schlösser und Gärten und dem Hessen-Forst durchzuführen.

**zu 3.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 12 10/2010)
Vorlage: VO/1617/2010**

In welcher Gemeinde werden Marburgerinnen und Marburger, deren Bestattungskosten vom Sozialamt getragen werden, beigesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Grundsätzlich werden Marburger Bürgerinnen und Bürger, die in Marburg versterben, auch auf den Friedhöfen von Marburg beigesetzt.

Hat ein Verstorbener keine Angehörige, sind die Angehörigen nicht in der Lage, die Bestattung in Auftrag zu geben z. B. aus finanziellen Gründen, oder wollen Angehörige auf Grund der familiären Situation die Bestattung nicht in Auftrag geben, ist die Kommune zuständig.

Der Fachdienst 32 versucht zunächst alle verantwortlichen Angehörigen (Kinder, Eltern, Geschwister, Enkel, Großeltern) zu ermitteln. In den meisten Fällen gelingt es nicht, innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Bestattungsfrist von fünf Tagen nach dem Tod, alle verantwortlichen Angehörigen zu ermitteln.

Grundsätzlich entscheiden die Angehörigen, an welchem Ort die Bestattung erfolgen soll. Ein wichtiges Kriterium für die Angehörigen sind hierbei die Kosten. Die Friedhofsgebühren der Stadt Marburg sind im Verhältnis zu anderen Kommunen hoch. Bei einem preislichen Vergleich können über 1.000,00 Euro eingespart werden.

Sind die Angehörigen nicht gewillt, eine Bestattung in Auftrag zu geben, entscheiden die Ordnungsämter. Dabei sind die Ordnungsämter nach der Rechtsprechung des VGH verpflichtet, die jeweils günstigste Bestattung in Auftrag zu geben. Grund hierfür ist, dass die Angehörigen im Nachhinein die Kosten tragen müssen. Wird nicht die günstigste Bestattung in Auftrag gegeben, müssen die Kommunen die Bestattungskosten tragen.

Kann kein Angehöriger innerhalb der gesetzlichen Frist von fünf Tagen ermittelt werden, besteht ebenfalls die Verpflichtung am kostengünstigsten zu bestatten, weil auch noch Wochen später Angehörige ermittelt werden können.

Kostenpflichtige Angehörige haben die Möglichkeit, bei entsprechend niedrigen Einkommen einen Antrag auf Sozialhilfe bei dem Sozialamt des Sterbeortes zu beantragen.

Das Sozialamt hat mit den Marburger Bestattern Pauschalbeträge vereinbart, wonach diese für Erdbestattungen 3.500 Euro und für Feuerbestattungen 2.700 Euro erhalten, sofern die/der Verstorbene zuvor Leistungsbezieher/in nach SGB II oder XII war.

Allerdings ist zum dem Zeitpunkt des Bestattungsauftrags in keinem Fall sicher, ob das Sozialamt Kostenträger ist. Noch immer können Angehörige oder Erben in Erscheinung treten oder das Einkommen des Antragstellers ist zu hoch, um Sozialhilfe für die Bestattung zu erhalten.

Aus den vorgenannten Gründen kann es dazu kommen, dass Bestattungen außerhalb von Marburg durchgeführt werden. Beispiele hierfür sind die Friedhöfe in Eisenach oder Diemelstadt bzw. auch der letzte Wohnort des/der Verstorbenen. Anders als in Marburg können auf diesen Friedhöfen auch Verstorbene beerdigt werden, die dort keinen Wohnsitz hatten.

Es handelt sich hierbei immer um kommunale Friedhöfe. Die Bestattungen werden auf die gleiche, würdige Art und Weise vorgenommen, wie es auch in Marburg üblich ist. Der einzige Unterschied ist die Höhe der Friedhofsgebühren.

Bei einer freiwilligen Kostenübernahme für Bestattungen von in Marburg verstorbenen Personen ausschließlich auf den Marburger Friedhöfen müsste mit Mehrkosten in Höhe von ca. 30.000,00 Euro gerechnet werden.

Bemühungen der hessischen Ordnungsämter über die Landesregierung eine sozialverträglichere Regelung zu erreichen, sind nicht berücksichtigt worden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Schäfer (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen Nr. 13 bis Nr. 27 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

zu 6

Solarsatzung

Vorlage: VO/1332/2010

Gleichzeitig aufgerufen wird der **Tagesordnungspunkt 14.16**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung VO/1567/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 19.10.2010 ausführlich beraten. Der Oberbürgermeister hat den Beschlusstext der Vorlage auf folgende Fassung abgeändert (Änderungen fett und kursiv):

"Die in **Anlage 2** dargestellte Satzung zur Solaren Baupflicht (Entwurf vom **24.08.2010**) wird auf der Grundlage der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) und des § 81 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) beschlossen."

Die Fraktion Marburger Linke hat einen Änderungsantrag zur Vorlage eingebracht, der folgenden Text hat:

"§ 6 Anforderungen bei Kulturdenkmälern, Ensembles und beim Umgebungsschutz nach dem Hessischen Denkmalschutzgesetz

(1) *Bei baulichen Anlagen, die denkmalgeschützte Gebäude, Gebäude in einer Gesamtanlage oder in der Umgebung eines Kulturdenkmals betreffen, sind ausschließlich solarthermische Anlagen unauffällig in das untere Drittel der Dachhaut zu integrieren. Andere Installationen sind unzulässig.*

(2) *Laut „Bausatzung der Universitätsstadt Marburg über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Marburger Altstadt“ ist ableitend von §§ 2 und 5 eine Störung der Ansicht eines Kulturdenkmals oder des Stadtbildes aus öffentlich zugänglichen Bereichen und der Schlossperspektive durch Solarmodule nicht zulässig (vgl. Dachflächenfenster, Sat-Anlagen etc.) [Der nachfolgende Satz entfällt. Dann weiter:] Dies gilt auch für die Süd- und Nordseite des Schlossberges außerhalb des Geltungsbereichs der „Bausatzung der Universitätsstadt Marburg über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Marburger Altstadt““*

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke abzulehnen.

Zur Vorlage 6 empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung in der abgeänderten Fassung. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage wurde auch im Bau- und Planungsausschuss beraten. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung das gleiche Votum wie der Umweltausschuss.

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich mit dieser Vorlage befasst. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Auch der Haupt- und Finanzausschuss hat sich den Voten des Umweltausschusses und des Bau- und Planungsausschusses angeschlossen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die vorgetragene Beschlussfassung.

Ausschussberichte zum Tagesordnungspunkt 14.16:

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Im Rahmen der Aussprachen sprechen Oberbürgermeister Vaupel, sowie die Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schaffner (CDU), Schwebel (FDP), Dr. Uchtmann (MBL), Dr. Musket (SPD), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Ludwig (MBL), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD), Pfalz (CDU), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Musket (SPD). Für den Magistrat spricht nochmals Oberbürgermeister Vaupel.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus den Ausschüssen abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 6 – Solarsatzung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die in Anlage 2 dargestellte Satzung zur Solaren Baupflicht (Entwurf vom 24.08.2010) wird auf der Grundlage der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) und des § 81 Abs. 2 Hess. Bauordnung (HBO) beschlossen.

Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 14.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Richtlinie der Universitätsstadt Marburg zur Förderung von solarthermischen Anlagen (Stand: 09.03.2009) wird dahin geändert, dass statt des Betrages 410 Euro jeweils der Betrag 1.000 Euro und statt des Betrags 205 Euro jeweils der Betrag 500 Euro eingesetzt wird.

zu **14.16** **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Solarförderung**
Vorlage: VO/1567/2010

Der Antrag wurde zusammen mit dem Tagesordnungspunkt **6 Solarsatzung VO/1332/2010** aufgerufen und beschlossen.

zu **14.2** **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sitzungssaalausstattung durch WLAN-Zugang**
Vorlage: VO/1194/2010

Auch dieser Antrag ist im Ältestenrat beraten worden. Der Stadtverordnetenvorsteher führt aus, dass in den Funktionsräumen Internetzugänge vorhanden sind, die von den Fraktionen jedoch bisher nicht genutzt wurden. Die Beratung im Ältestenrat hat ergeben, dass sich für diesen Antrag im Hause keine Mehrheit abzeichnet. Die antragstellende Fraktion besteht jedoch auf einer Abstimmung in der Sache. Außerdem wurde die Aussprache

angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und mit Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 14.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Atommülltransport durch Marburg
Vorlage: VO/1442/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte spricht die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

- die Hessische Landesregierung aufzufordern, das für einen durch Marburg führenden Castor-Transport erarbeitete Sicherheitskonzept für Marburg vorzulegen

- die Initiative gegen den Castor-Transport durch Marburg zu unterstützen

**zu 14.8 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Energieinitiative
Vorlage: VO/1443/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat den Antrag ausführlich beraten. Über die Sätze 1 bis 3 wurde getrennt abgestimmt. Satz 1 wurde einstimmig angenommen. Die Sätze 2 und 3 wurden mehrheitlich zur Annahmen empfohlen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Therre-Staal (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Musket (SPD).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt auch in der Stadtverordnetenversammlung über die Sätze 1 bis 3 getrennt abstimmen.

Zu Satz 1

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- dass die „kommunale Familie“ gegenüber der Bundesregierung die Notwendigkeit des schnellen Ausbaus erneuerbaren Energien und der Stärkung dezentraler Energieversorgung in Form von BHKWs u.a. mit allem Nachdruck deutlich macht;

Zu Satz 2

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken und CDU sowie Nein-Stimmen der FDP und Enthaltungen der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- dass sie sich gemeinsam bei der Bundesregierung gegen die dominante Einflussnahme der 4 großen Energiekonzerne bei der Entwicklung des Energiekonzepts wenden;

Zu Satz 3

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie Nein-Stimmen der CDU und der FDP und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken Marburg und anderen Stadtwerken sich den 8KU - den 8 größten kommunalen Energieunternehmen - anzuschließen und darauf hinzuwirken,

- dass eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke nicht erfolgt.

**zu 15.2 Genehmigung des Haushaltes 2010
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/1560/2010**

Die Fraktion Marburger Linke hat im Ältestenrat zu dieser Kenntnisnahme die

Aussprache angemeldet.

Es sprechen der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 4 Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/1354/2010**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Marburger Linken, FDP und MBL und bei Enthaltung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

- 1. Die beigefügte Neufassung der Satzung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf wird beschlossen.**
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung weist ausdrücklich darauf hin, dass nach § 12 Hessisches Gleichberechtigungsgesetz auch bei der Besetzung von Verwaltungsräten der Sparkassen mindestens die Hälfte der Mitglieder Frauen sein sollen. Die Träger der Sparkasse Marburg-Biedenkopf sind verpflichtet, bei der nächsten Wahl des Verwaltungsrates diesen Grundsatz zu beachten.**

**zu 5 Straßenbenennung im Stadtteil Bortshausen
Vorlage: VO/1514/2010**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die im Plan gekennzeichnete Straße erhält den Namen:

„An den drei Morgen“

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

**zu 7 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Beschluss zur Teiländerung des Flächennutzungsplanes Nr. 5/8
im Bereich des Stadtteiles Ockershausen, Tierbestattungsstelle
• Zustimmungsbeschluss
Vorlage: VO/1475/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der Magistratsvorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Teiländerung Nr. 5/8 des Flächennutzungsplanes
„Tierbestattungsstelle“ mit Begründung wird zugestimmt.**

**zu 8 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs Nr. 14/13,
Wiesentalweg, Stadtteil Schröck
Vorlage: VO/1499/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnete Sell (SPD) hat angeregt eine **Protokollnotiz** aufzunehmen:

"An geeigneten Stellen sollen Lampen aufgestellt werden, um die Sicherheitslage zu erhöhen."

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Baugesetzbuch (BauGB) wird die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Bebauungsplanentwurfs Wiesentalweg, Stadtteil Schröck, beschlossen.**
 - **Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird arrondiert. Jeweils ein Teilbereich der Flurstücke 65/4 (Flur 9) und 157 (Flur 6) sind nicht mehr Bestandteil des Bebauungsplangebietes.**
-

**zu 9 Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 8/29 "Klinik
Sonnenblick" der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1541/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde angeregt, dass die Vorlage auch mit dem Denkmalbeirat abgestimmt wird.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) regte eine Textergänzung der Vorlage an. Seite 2, Abs. 2 soll wie folgt ergänzt werden (Ergänzung ist fett und kursiv gedruckt):

"Der geplante Ersatzbau mit 5 Obergeschossen ist auf dem nord-westlichen Grundstücksteil des Sonnenblick-Klinik-Areals geplant. Das bestehende Hauptgebäude, das zentriert auf dem Grundstück anzutreffen ist, wird in der Bauphase des Neubaus in seinem Betrieb aufrechterhalten. Mit der Nutzung des Neubaus wird nach jetziger Planung der Altbau zurückgebaut. Aus Sicht der Universitätsstadt Marburg sollten allerdings andere Verwendungsmöglichkeiten geprüft werden. ***Es ist zu prüfen, ob der bisherige Bau für studentisches Wohnen, insbesondere im Bereich Medizin/Naturwissenschaften, gesichert werden kann.*** Die Erschließung des Grundstücks ist über eine private Straße an die öffentliche Verkehrsfläche gesichert."

In der weiteren Diskussion ändert Oberbürgermeister Vaupel die Vorlage für den Magistrat wie folgt:

"Der geplante Ersatzbau mit 5 Obergeschossen ist auf dem nord-westlichen Grundstücksteil des Sonnenblick-Klinik-Areals geplant. Das bestehende Hauptgebäude, das zentriert auf dem Grundstück anzutreffen ist, wird in der Bauphase des Neubaus in seinem Betrieb aufrechterhalten. Mit der Nutzung des Neubaus wird nach jetziger Planung der Altbau zurückgebaut. Aus Sicht der Universitätsstadt Marburg sollten allerdings andere Verwendungsmöglichkeiten, ***u. a. studentisches Wohnen,*** geprüft werden. Die Erschließung des Grundstücks ist über eine private Straße an die öffentliche Verkehrsfläche gesichert."

Der Stadtverordnete Göttling stellte sodann den Antrag, den Ergänzungsantrag der Marburger Linken für erledigt zu erklären. Diesem Antrag wurde mehrheitlich gefolgt.

Im Übrigen empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu der vom Oberbürgermeister ergänzten Magistratsvorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zur ergänzten Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nunmehr zunächst über den

Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke aus den Ausschüssen abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke wird abgelehnt.

Beschlussfassung über die ergänzte **Magistratsvorlage**:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes 8/29 "Klinik Sonnenblick" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit einem städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 BauGB beschlossen.

**zu 10 Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der interkommunalen Energiehandelsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG sowie der fünfwerke Verwaltungs-GmbH
Vorlage: VO/1410/2010**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der interkommunalen Energiehandelsgesellschaft fünfwerke GmbH & Co. KG sowie der fünfwerke Verwaltungs-GmbH mit einem Gesellschaftsanteil von jeweils 20 % wird zugestimmt.

Anmerkung: Der Stadtverordnete Acker (SPD) hat wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen. Er hat den Sitzungssaal verlassen.

**zu 11 Kindertagesbetreuung in der Universitätsstadt Marburg 2010 - 2013. Teil A.1: Kindertagesbetreuung von 0 bis 6 Jahren
Vorlage: VO/1492/2010**

Diese Magistratsvorlage wurde vom Oberbürgermeister zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 12 Resolution der im Deutschen Städtetag organisierten öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zum Referentenentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
Vorlage: VO/1566/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg unterstützt und unterzeichnet die Resolution des Deutschen Städtetages zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts.

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es wurden keine Vorlagen eingereicht.

zu 14 Anträge der Fraktionen

**zu 14.1 Antrag der MBL-Fraktion betr. Umgang mit Prüfanträgen
Vorlage: VO/1063/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat nach ausführlicher Beratung von den Antragstellern für erledigt erklärt worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Einführung einer Bürgerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: VO/1197/2010**

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass dieser Antrag im Ältestenrat ausführlich beraten wurde. Der Ältestenrat hat vereinbart, ihn als Prüfantrag zu

beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um folgende Prüfung gebeten:

- (1) §5 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung wird um Absatz 09 ergänzt, der folgenden Wortlaut hat:

Im Rahmen der Stadtverordnetenversammlungen ist eine Bürgerfragestunde einzurichten. Diese soll zeitlich so eingerichtet werden, dass Berufstätige an ihr teilnehmen können.

- (2) Die Einrichtung einer Bürgerfragestunde soll vorbehaltlich eines erfolgreichen Beschlusses durch das Marburger Stadtparlament den Bürgern bestmöglich zur Kenntnis gebracht werden (Medien, Flyer, Plakate, Webseite der Stadt).

**zu 14.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung: Internet Live Stream der Ausschusssitzungen und der Stadtverordnetenversammlungen einrichten
Vorlage: VO/1198/2010**

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass dieser Antrag im Ältestenrat ausführlich beraten wurde. Der Ältestenrat hat vereinbart, ihn als Prüfantrag zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um folgende Prüfung gebeten:

Der Magistrat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass der Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung umgehend mit der notwendigen technischen Ausstattung versehen wird, um die Stadtverordnetenversammlungen

- (1) baldmöglichst im Internet als Video-LiveStream übertragen zu können und
- (2) die mitgeschnittenen VideoStreams als Downloads von der Marburger Stadtwebseite zum Herunterladen anzubieten.

**zu 14.5 Antrag der FDP-Fraktion betr. Umbenennung der „Sommerbadstraße“ im Stadtteil Weidenhausen in „Hermannstädter Straße“
Vorlage: VO/1374/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat ausführlich beraten worden. Es wurde vereinbart, ihn zurückzustellen, damit die FDP-Fraktion weitere Gespräche betreffend die Umbenennung der Sommerbadstraße führen kann.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 14.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept Cappel
Vorlage: VO/1389/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss hat den Antrag ausführlich beraten und über den Satz 1 sowie die Sätze 2 und 3 getrennt abgestimmt.

Der Satz 1 wird zur Annahme empfohlen, die Sätze 2 und 3 werden vom Umweltausschuss zur Ablehnung empfohlen.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls so zu entscheiden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Absätze getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. ein Verkehrskonzept für Cappel betreffend den Bereich Ronhäuser Straße, Cappeler Markt, Zum Rosenmorgen sowie Marburger Straße zu erstellen;

Zu Ziffer 2.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2. der Beschlussformulierung wird abgelehnt.

Zu Ziffer 3.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, MBL, FDP und Marburger Linken und Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen folgenden Beschluss:

Die Ziffer 3. der Beschlussformulierung wird abgelehnt.

zu 14.9 Antrag der MBL-Fraktion betr. Verwendung allgemein üblicher und anerkannter Kennzahlen zur Darstellung der aktuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen
Vorlage: VO/1481/2010

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

zu 14.10 Antrag der MBL-Fraktion betr. Unternehmensgruppe Stadtwerke GmbH, Jahresfehlbeträge und negatives Eigenkapital der Tochterunternehmen
Vorlage: VO/1482/2010

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgestellt bis zur Novembersitzung.

zu 14.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zuschüsse für Schützenvereine
Vorlage: VO/1524/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von CDU, Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks auf dem Gelände des Georg-Gaßmann-Stadions
Vorlage: VO/1525/2010

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Beschlusstenor wurde im Schul- und Kulturausschuss einvernehmlich auf folgende Fassung abgeändert:

"Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, ob auf dem Gelände des Georg-Gassmann-Stadions ein Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks eingerichtet werden kann."

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung in der geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird um Prüfung gebeten, ob auf dem Gelände des Georg-Gassmann-Stadions ein Trinkwasserbrunnen in der Nähe des Skate-Parks eingerichtet werden kann.

**zu 14.13 Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung
Vorlage: VO/1526/2010**

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Es wurde vereinbart ihn bis zum Abschluss des gerichtlichen Verfahrens zurückzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 14.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Umkehr von Einbahnregelungen
Vorlage: VO/1551/2010**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde der Antrag der CDU-Fraktion in einen **Prüfantrag** mit folgendem Text umgewandelt:

"Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einbahnstraßenregelungen in der Jägerstrasse und der unteren Gutenbergstraße umgekehrt werden können."

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, den in einen Prüfantrag abgeänderten Antrag zu beschließen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über die ursprüngliche Antragsfassung der CDU-Fraktion abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die ursprüngliche Antragsfassung wird abgelehnt.

Abstimmung über die Fassung als Prüfantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die Einbahnstraßenregelungen in der Jägerstrasse und der unteren Gutenbergstraße umgekehrt werden können.

zu 14.15 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sozialratgeber "Adressführer für Menschen in sozialer Notlage" Vorlage: VO/1563/2010**

Der Antrag ist im Ältestenrat zurückgestellt worden bis zur Dezembersitzung.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur Dezembersitzung.

zu 15 **Kenntnisnahmen**

zu 15.1 **Überplanmäßige Aufwendungen im Ergebnishaushalt 2010 hier: Produkt 332140 "Straßenreinigung" Vorlage: VO/1557/2010**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 15.3 **Böschungsgestaltung neben der Luisa-Haeuser-Brücke Vorlage: VO/1548/2010**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass neben der Luisa-Haeuser-Brücke keine weitere Treppe gebaut werden soll.

**zu 15.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den
Stand der Budgets zum 30.09.2010
Vorlage: VO/1579/2010**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Budgetbericht zur Kenntnis.

Anschließend erteilt der Stadtverordnetenvorsteher dem Stadtverordneten Reinhold Becker (SPD) das Wort zum Vortrag einer persönlichen Erklärung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 19:29 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Pfalz
Stellv. Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen: Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -**

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Hermann Heck
Weitershäuser Straße 13

35041 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 13

Kann der Magistrat Auskunft geben, warum der Köhlersgrund nach der Sperrung in 2009 und der nochmaligen Sperrung seit dem Frühjahr 2010 bis heute immer noch nicht für den Verkehr freigegeben ist?

Sehr geehrter Herr Heck,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Zuge des Endausbaus der Straße „Im Köhlersgrund“ wird von den Stadtwerken Marburg auch der Regen- und Schmutzwasserkanal erneuert. Hierbei wurden durch Abweichungen der Planunterlagen von der tatsächlichen Leitungslage (historischer Bestand) und der beengten Verhältnisse im Straßenraum erhebliche Mehraufwendungen erforderlich, wie z. B. die Verlegung der vorhandenen Wasserleitung.

Nach Abschluss dieser Arbeiten wurde Anfang Oktober 2010 mit dem Setzen der Bordsteine für den Straßenbau begonnen. Der aktuelle Bauzeitenplan sieht ohne witterungsbedingte Ausfalltage eine Fertigstellung bis Mitte November 2010 vor.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Astrid Kolter
Hofstatt 18

35037 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 29.10.2010

hier: Frage Nr. 14

Wie viele Ermittlungsverfahren wurden seit 2006 wegen Verstößen gegen die „Marburger Plakatordnung“ eingeleitet, wie viele Bußgeldbescheide mit Beträgen in welcher Höhe wurden verhängt, wie viele davon wurden rechtskräftig und ist ein bestimmtes Täterprofil sichtbar?

Sehr geehrte Frau Kolter,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Aufbewahrungsfristen für Bußgeldakten betragen drei Jahre, so dass aus dem Jahre 2006 keine Aktenauswertung mehr möglich ist.

Gegen die „Marburger Plakatordnung“ wurden in den Jahren 2007 - 2010 nachstehende Verfahren eingeleitet.

| <u>2007:</u> | <u>Anzahl</u> |
|-----------------------------------|---------------|
| Eingegangene Anzeigen: | 44 |
| Verwarngelder bis 35,00 € | 18 |
| Bußgelder von 40,00 € - 100,00 € | 14 |
| Bußgelder von 100,00 € - 150,00 € | 6 |
| Bußgelder von 150,00 € - 200,00 € | 0 |
| Bußgelder über 200 € | 1 |
| davon | |
| ➤ nicht ermittelbar | 8 |
| ➤ eingestellte Verfahren | 7 |
| ➤ abgeschlossene Verfahren | 39 |

| <u>2008:</u> | <u>Anzahl</u> |
|-----------------------------------|---------------|
| Eingegangene Anzeigen: | 58 |
| Verwarngelder bis 35,00 € | 16 |
| Bußgelder von 40,00 € - 100,00 € | 18 |
| Bußgelder von 100,00 € - 150,00 € | 4 |
| Bußgelder von 150,00 € - 200,00 € | 4 |
| Bußgelder über 200 € | 0 |
| davon | |
| ➤ nicht ermittelbar | 5 |
| ➤ eingestellte Verfahren | 10 |
| ➤ abgeschlossene Verfahren | 43 |

| <u>2009:</u> | <u>Anzahl</u> |
|--------------|---------------|
|--------------|---------------|

| | |
|-----------------------------------|----|
| Eingegangene Anzeigen: | 70 |
| Verwarngelder bis 35,00 € | 19 |
| Bußgelder von 40,00 € - 100,00 € | 16 |
| Bußgelder von 100,00 € - 150,00 € | 5 |
| Bußgelder von 150,00 € - 200,00 € | 4 |
| Bußgelder über 200 € | 7 |
| davon | |
| ➤ nicht ermittelbar | 6 |
| ➤ eingestellte Verfahren | 9 |
| ➤ abgeschlossene Verfahren | 55 |

| <u>2010: (bis September)</u> | <u>Anzahl</u> |
|-----------------------------------|---------------|
| Eingegangene Anzeigen: | 43 |
| Verwarngelder bis 35,00 € | 15 |
| Bußgelder von 40,00 € - 100,00 € | 12 |
| Bußgelder von 100,00 € - 150,00 € | 1 |
| Bußgelder von 150,00 € - 200,00 € | 3 |
| Bußgelder über 200 € | 2 |
| davon | |
| ➤ nicht ermittelbar | 7 |
| ➤ eingestellte Verfahren | 3 |
| ➤ abgeschlossene Verfahren | 33 |

Ein bestimmtes Täterprofil ist nicht feststellbar. Im Verwarngeld- und niedrigem Bußgeldbereich wurden an Müllbehältern, Baumschutzgittern, Stromkästen etc. Plakate angebracht, die Vereinen und Gaststätten zugeordnet werden konnten. Höhere Geldbußen wurden Messe-, Zirkus- und Konzertveranstaltern auferlegt, die zwar an dafür vorgesehenen Stellen plakatierten, aber ohne im Besitz der erforderlichen Sondernutzungserlaubnis zu sein.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Dr. Michael Weber

Chemnitzer Straße 33
35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 15

**Wann ist mit dem Beginn der Produktion in den neuen Anlagen der Firma
Novartis zu rechnen und was würde eine etwaige Verzögerung für Marburg
bedeuten?**

Sehr geehrter Herr Dr. Weber,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Auf Anfrage hat Novartis mitgeteilt, dass die Anlagen im Rahmen des MARS-Projektes zügig und termingerecht projektiert und ohne Verzögerungen errichtet wurden. Der erste Spatenstich war am 20.06.2008 und die Inbetriebnahme der entstandenen Anlagen verläuft planmäßig.

- Das Energiegebäude versorgt bereits seit dem III. Quartal 2009 die neuen Anlagen ununterbrochen mit Energie.
- Das Qualitätskontrollgebäude ging nach nur 15 Monaten Bauzeit im Januar 2010 in Betrieb und Mitarbeiter von Novartis Vaccines nahmen darin regelmäßige Arbeiten auf.
- Seit September 2010 ist das Warenlager für Ausgangsmaterialien und Zwischenprodukte in Betrieb.
- Inzwischen wurden auch die Außenbereiche angelegt und begrünt.
- Im Oktober und November 2010 laufen die sog. Validierungsläufe im Produktionsbereich für die Vorbereitung der behördlichen Zulassungen.
- Die Produktionsanlagen werden insgesamt sukzessiv angefahren.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Claudia Röder
Sonnenhang 21

35041 Marburg

Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom 29.10.2010

hier: Frage Nr. 16

Auf welchen Marburger Spielplätzen gibt es sowohl Kleinkindspielgeräte (z. B. kleine Rutschen, Kleinkindschaukeln) als auch Spielgeräte für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter? Bestehen Planungen für einen weiteren qualitativen Ausbau der Spielgeräte?

Sehr geehrte Frau Dr. Röder,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Auf ca. 20 städtischen Spielplätzen bestehen Angebote speziell für Kleinkinder neben Angeboten für Kindergarten-/Grundschulkinder, beispielsweise:

- Kinderspielplatz Auf'm Halmburger, Cappel
- Kinderspielplatz Teichweg, Cappel
- Kinderspielplatz Zuckerberg, Cappel
- Kinderspielplatz Rimbergstraße, Cappel
- Kinderspielplatz Höhenweg, Marbach
- Kinderspielplatz Birkenweg, Marbach
- Kinderspielplatz Am Kornfeld, Michelbach
- Kinderspielplatz Am Lorch, Michelbach
- Kinderspielplatz Herrmannstraße, Ockershausen
- Kinderspielplatz Freiherr-vom-Stein-Straße, Wehrda
- Kinderspielplatz Dörfflerstraße, Kernstadt
- Kinderspielplatz Northamptonpark, Kernstadt
- Kinderspielplatz Weintrautstraße, Kernstadt
- Kinderspielplatz Schülerpark, Kernstadt

Darüber hinaus bieten die Wohnungsbaugesellschaften auf ihren Liegenschaften Spielmöglichkeiten für Kleinkinder im wohnungsnahen Bereich.

Eine allgemeine Information über die Ausstattung der städtischen Spielplätze in der Kernstadt kann auf der Internetseite der Stadt Marburg eingesehen werden in Verbindung mit dem Stadtplan.

Im Rahmen der Ersatzbeschaffung von abgängigen Spielgeräten werden die Bedürfnisse der Nutzer überprüft und die Plätze dementsprechend ausgestattet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

Frau Stadtverordnete
Dr. Claudia Röder
Sonnenhang 21

35041 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 17

**Wie beurteilt der Magistrat bis dato den Verkehrsversuch auf der Biegen-
straße/Deutschhausstraße - vor allem zu den Hauptverkehrszeiten?**

Sehr geehrte Frau Dr. Röder,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Änderungen im Rahmen des Verkehrsversuchs in der Biegen-
straße/Deutschhausstraße haben sich bewährt. Die positiven Erkenntnisse über-
wiegen. Es ist kein auffälliges Unfallgeschehen zu verzeichnen.
Da eine Fahrspur entfallen ist, wurden die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten
deutlich gesenkt und es stehen mehr Parkplätze in diesem Bereich zur Verfügung.
An der Stadthalle wurde eine größere Aufstellfläche für die Fahrgäste der Stadt-
busse geschaffen.
Da für den Verkehr aus Richtung Rudolphsplatz in Höhe des Cineplex nur eine
Fahrspur zur Verfügung steht und direkt vor der Lichtsignalanlage Deutschhaus-
straße/Bunsenstraße eine zweispurige Aufstellung möglich ist, sind auch zu den
Hauptverkehrszeiten keine Probleme mit der Verkehrsabwicklung bekannt geworden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Elke Therre-Staal
Schückingstraße 23

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 18

**Kann der Magistrat eine Erhebung veranlassen, wie viel Prozent der aktuelle
Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr Marburgs beträgt.**

Sehr geehrte Frau Dr. Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Im Jahr 2001 wurde in einem aufwendigen Verfahren für ein Verkehrssimulationsmodell der Modal-Split ermittelt. Dabei betrug der Anteil der von den Marburgern mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege 7,1 % des Gesamtverkehrsaufkommens.

Da zwischenzeitlich weitere Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Marburg durchgeführt wurden (z.B. Öffnung von Einbahnstraßen, Anlage von Radfahrstreifen, Freigabe von Brücken für den Radverkehr, Ausbau des Radweges zwischen Mensa und Schützenpfehlbrücke u.a.) dürfte der Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehr weiter gestiegen sein.

Da eine erneute Ermittlung des Modal-Split nur mit einem enormen Aufwand möglich ist, ist eine derartige Erhebung derzeit nicht vorgesehen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Halise Adsan
Alter Kirchhainer Weg 6

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 19

**Was hat der Magistrat unternommen, um den einstimmigen Auftrag der
Stadtverordnetenversammlung an ihn von 2008, alles ihm Mögliche zu tun, um
Arbeitsplätze bei der Lebenshilfe in Marburg zu halten, auszuführen?**

Sehr geehrte Frau Adsan,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In der Parlamentssitzung vom 30. Mai 2008 hat sich die Mehrheit der Stadtverordneten dafür ausgesprochen, dass der Standort Marburg der Lebenshilfe weiterhin erhalten bleibt. Dieser Beschluss war verbunden mit dem Appell, dass die Bundesvereinigung Lebenshilfe alles tut, um möglichst viele ihrer Arbeitsplätze in Marburg zu erhalten.

Im Juni 2008 habe ich Herrn Dr. Conrads von der Lebenshilfe angeschrieben, ihn über den Beschluss informiert und ihm die Unterstützung der Stadt angeboten. Auch, was den Verbleib der Fachbibliothek der Lebenshilfe in Marburg betrifft. Im November 2008 habe ich dieses Angebot wiederholt. Wie Sie sicher wissen, hat die Bundesvereinigung Anfang 2009 die Bibliothek der Philipps-Universität übergeben.

Mehrmals habe ich mit Vertretern des Personalrats der Lebenshilfe Gespräche im Rathaus geführt. Zentrales Thema war die Situation auf dem Arbeitsmarkt in der Stadt Marburg und in der Region.

Stellenangebote konnte ich nicht unterbreiten. Nach einem Bewerbungsverfahren konnte eine Beschäftigte jedoch von der Stadt übernommen werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**

- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Hermann Heck
Weitershäuser Straße 13

35041 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 20

Wie sind die Planungen für den Radwegebau „rechts der Lahn“ im Bereich der Lahnstraße, Höhe Behördenzentrum bis zur Drehbrücke und darüber hinaus?

Sehr geehrter Herr Heck,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Als erster Schritt für eine durchgehende Wegeverbindung vom Rudolphsplatz bis zur Rosenbrücke wurde in diesem Jahr die Drehbrücke über das Schwarze Wasser im Rahmen des Konjunkturprogramms II realisiert. Dabei wurde auch der Geh- und Radweg von Höhe der Heusinger Straße bis zur Lahnstraße geplant und genehmigt. Um Mittel aus der Verkehrsinfrastrukturförderung zu erhalten, musste der Bau der Wegeverbindung auf 2011 verschoben werden (Förderbescheid wird im November/Dezember 2010 erwartet).

Das fehlende Stück zwischen der Lahnstraße und der Furthstraße mit Anschluss an die Rampe der DVAG wird noch in diesem Jahr über Sanierungsmittel umgesetzt. Die Firma Rohde, Korbach, hat mit den Bauarbeiten in der 40. KW begonnen. Südlich der Heusinger Straße ist der vorhandene Asphaltstreifen im Bereich des ehemaligen Parkplatzes verbesserungswürdig. Eine Verbreiterung und eine neue Asphaltdecke wird mit dem o. g. Gehwegbau in 2011 zusammen ausgeschrieben. Somit ist zu erwarten, dass die durchgehende Rad- und Fußwegeverbindung vom Rudolphsplatz bis zur Furthstraße mit der Fertigstellung der neuen Allee am Bauvorhaben der DVAG etwa Mitte 2011 zur Nutzung freigegeben werden kann.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 21

**Welche Angebote werden Kindern von ALGII-Bezieher/innen mit der geplanten
Bildungschipkarte in Marburg zusätzlich zur Verfügung stehen?**

Sehr geehrter Herr Severin,
die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Einführung einer Bildungschipkarte ist eine bundespolitische Entscheidung, die noch nicht getroffen wurde. Geplant ist, dass der Bund in 2011 eine Bildungschipkarte in Modellregionen prüfen will.

Im Zuge der aktuellen Hartz-IV-Reform schlägt die Bundesregierung ein sog. Bildungspaket ab 2011 vor. Die Maßnahmen dieses Bildungspakets sehen vor: Zuschuss zu KiTa- und Schulmittagessen, Zuschüsse zu Schulausflügen und Vereinsmitgliedschaften sowie Lernförderung, z.B. durch Nachhilfe. Das Bildungspaket bedarf der Zustimmung durch den Bundesrat. Ob der Bundesrat zustimmt und wie das Bildungspaket im Falle einer Zustimmung tatsächlich aussehen wird, bleibt abzuwarten. Abzuwarten bleibt auch, wie und in welcher Höhe die Finanzierung und Erstattung kommunaler Kosten durch den Bund geregelt werden wird.

Auch die Frage, wer die Umsetzung vor Ort organisiert, ist noch völlig offen und bedarf weiterer Vereinbarungen und Absprachen.

Die Frage, welche Angebote Kindern von ALGII-Bezieher/innen in Marburg zusätzlich zur Verfügung stehen werden, lässt sich erst nach den Entscheidungen auf Bundesebene beantworten.

Zuständiger Dezernent: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Ulrich Severin
Ginseldorfer Weg 14 a

35039 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 22

**Wie beeinflusst die zusätzliche Nachfrage von Studenten die Marburger
Wohnungsversorgung und wie haben sich in den letzten Jahren die Mietpreise
entwickelt?**

Sehr geehrter Herr Severin,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Nachfrage von Studierenden nach günstigem Wohnraum ist ungebrochen hoch. Der sehr enge Wohnungsmarkt in Marburg wird durch das Hinzukommen neuer Studentinnen und Studenten natürlich noch mehr belastet und der Konkurrenzkampf um eine preisgünstige Wohnung verstärkt sich immer mehr.

Ohne auf verlässliche Erhebungen zurück greifen zu können, liegt es nahe, dass sich aufgrund der hohen Nachfrage auch die Preise entsprechend erhöht haben.

Zuständiger Dezernent: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Sonja Sell
Schwanallee 34

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 23

**Wie weit sind die Umbauarbeiten am Hauptbahnhof seitens der GeWoBau bzw.
der Bahn gediehen und wie befinden sich im jeweiligen Zeitplan?**

Sehr geehrte Frau Sell,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die GeWoBau hat mit ihren Arbeiten im Marburger Hauptbahnhof begonnen und liegt zur Zeit im Zeitplan.

Die Arbeiten zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes wurden in der Mauerstraße wie bereits angekündigt begonnen und befinden sich ebenfalls im Zeitplan. Die Verkehrsstation mit Erhöhung der Bahnsteige und Einrichtung von Aufzugsanlagen wird noch in 2010 vom Eisenbahnbundesamt genehmigt. Wir gehen davon aus, dass mit der Umsetzung im 1. Quartal 2011 begonnen wird.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel

Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Sonja Sell
Schwanallee 34

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 24

Wie viele Busse haben die Stadtwerke in den letzten 5 Jahren angeschafft (sei es als Ersatzbeschaffung oder Flottenergänzung), welche Barrierefreiheitskriterien erfüllen diese Fahrzeuge und gibt es bezüglich des Einsatzes der Busflotte bestimmte Präferenzen, auf welchen Linien neuere bzw. ältere Modelle eingesetzt werden?

Sehr geehrte Frau Sell,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadtwerke Marburg haben in den letzten 5 Jahren insgesamt 27 Neu- und Gebrauchtfahrzeuge als Ersatzbeschaffung und Flottenergänzung angeschafft. Es wurden ausschließlich Kraftomnibusse mit Niederflurtechnik und Klapprampen angeschafft. Neufahrzeuge werden grundsätzlich im Regelverkehr und ältere Fahrzeuge im Verstärkerverkehr eingesetzt. In sämtlichen angeschafften Fahrzeugen wurde die akustische Haltestellenansage eingebaut.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister
DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Winfried Kissel
An der Berghecke 10

35043 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 25

**Wie ist die Höhe der Kosten, die für die Anlage des Apfellehrpfades in
Ockerhausen ausgegeben wurde und woher kamen sie?**

Sehr geehrter Herr Kissel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Höhe der Kosten für den Apfellehrpfad beliefen sich 2007 auf 5850 € und
2008 auf 550 €.

In diesen Kosten enthalten sind neben dem Wegebau die Kosten für die Bäume
und deren Sicherung, Möblierung (Bänke, Papierkörbe), die aufwendige
Wegebeschilderung, der Ausbau des Platzes um die 'Quelle' und der hohe
Aufwand, der für den Baum- und Strauchschnitt sowie für die Entmüllung dieses
ziemlich verwahrlosten Bereiches anfiel.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel

Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG
- 09 -**

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Herrn Stadtverordneten
Winfried Kissel
An der Berghecke 10

35043 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 26

Wer ist für die laufende Pflege des Apfellehrpfades verantwortlich?

Sehr geehrter Herr Kissel,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Für die Pflege der Apfelbäume ist Herr Norbert Clement zuständig.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

**DER MAGISTRAT
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG**
- 09 -

Marburg, 08.11.2010
Rathaus, 2. Stock, Zimmer 18
Tel.: 2 01 - 2 09

Frau Stadtverordnete
Dr. Elke Therre-Staal
Schückingstraße 23

35037 Marburg

**Schriftliche Beantwortung der Kleinen Anfragen der Fragestunde vom
29.10.2010**

hier: Frage Nr. 27

**Welche Kosten übernimmt die Stadt bezüglich der Hartz-IV-Kinder im
Stadtgebiet?**

Sehr geehrte Frau Dr. Therre-Staal,

die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Die Stadt Marburg übernimmt für Kinder, deren Eltern im Hartz-IV-Bezug stehen, grundsätzlich keine Kosten, die in den Leistungskatalog des SGB II fallen, da hierfür ausschließlich das Kreis-Job-Center zuständig ist.

Es gibt jedoch eine Reihe von Ermäßigungen im Kinder- und Jugend- sowie im Sozialbereich, die auch Hartz-IV-Kindern zugute kommen, aber nicht zwingend an einen Hartz-IV-Bezug gekoppelt sind (z.B. verbilligtes Mittagessen an Schulen, Stadtpassvergünstigungen usw.).

Zuständiger Dezernent: Stadträtin Dr. Weinbach

Mit freundlichen Grüßen

Egon Vaupel
Oberbürgermeister